

Interpellation Rolf Zbinden (PdA): Käfighaltung an der EURO 08 – Dichtung und Wahrheit, Fortsetzung

In einer Dringlichen Interpellation vom 14.6.2007 wollte die PdA Bern – nach der Inhaftierung von Demonstrierenden gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm – vom Gemeinderat wissen:

„Kann der Gemeinderat sich dafür verbürgen, dass im Juni 2008 während der EURO 08 keine Fälle von Käfighaltung und andern menschenverachtenden Internierungspraktiken toleriert werden?“

In der Stadtratssitzung vom 17.10.2007 hielt der Gemeinderat in seiner Antwort auf die Interpellation der PdA Bern fest:

„Für ausserordentliche freiheitsbeschränkende Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit besteht weder ein Anlass noch existiert eine gesetzliche Grundlage dafür. Die Planung der Stadt- und Kantonspolizei enthält denn auch keine von den Interpellanten befürchteten Massnahmen. Konkret bedeutet dies, dass keine 'Internierungsmassnahmen' oder 'Käfighaltung' vorgesehen sind.“

In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, wie die Worte des Gemeinderats bezüglich „Käfighaltung“ zu interpretieren sind: Werden nämlich die Käfige von Ittigen mit denen von Heiligendamm verglichen, drängen sich Zweifel daran auf, wie ernst es dem Gemeinderat mit seiner Antwort vom 17.10.2007 war.

Aus diesem Grund möchte die PdA Bern vom Gemeinderat auf dem Hintergrund der aktuellen Einrichtungen für die Massenhaft wissen, was sein Wort im Rahmen der EURO 08 wert ist.

Begründung der Dringlichkeit:

Die EURO 08 läuft.

Bern, 12. Juni 2008

Interpellation Rolf Zbinden (PdA), Luzius Theiler, Christof Berger

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Die Durchführung der EURO 08 stellte hohe Anforderungen an die Gewährleistung der Sicherheit. Dass die EURO 08 auch unter dem Aspekt der Sicherheit ein voller Erfolg wurde, ist nicht selbstverständlich. Es kam zu keinen nennenswerten Zwischenfällen, obwohl zeitweise mehr als Hunderttausend Fans in der Berner Innenstadt feierten. Dies hat die Stadt nicht nur den friedlichen Fans zu verdanken, sondern vor allem auch einer minutiösen gemeinsamen Vorbereitung sowie wirksamen Präsenz der involvierten Sicherheitsdienste von Bund, Kanton und Stadt.

Mit dem Betrieb von sogenannten Festhalte- und Warteräumen stellte die Kantonspolizei sicher, dass bei Festnahmen grösserer Personengruppen genügend polizeiliche Wartepplätze inklusive der damit zusammenhängenden Infrastruktur und Logistik zur Verfügung stehen.

Eine ausreichende Betreuung von festgenommenen Personen ist ein zentrales Anliegen des Gemeinderats. Die von der Kantonspolizei Bern anlässlich der EURO 08 betriebene Infrastruktur vermochte einerseits diesen Betreuungsanforderungen bei allfälligen Festnahmen von grösseren Personengruppen zu genügen. Andererseits ist festzuhalten, dass diese gesetzkonform war und auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) respektierte.

Bern, 17. September 2008

Der Gemeinderat